Die Notwendigkeit und die Herausforderungen für einen Wandel der politischen Kultur in China im 21. Jahrhundert

*Einleitende Gedanken:*

Dieser Vortrag setzt sich mit einem Thema auseinander, das viele als zweitrangig in seiner Bedeutung für die Entwicklung Chinas ansehen. Ich werde hoffentlich aufzeigen können, dass dem nicht so ist, sondern dass die politische Kultur für das politische Tagesgeschehen, aber auch für die langfristige Politik von Bedeutung, ich würde sogar sagen, von entscheidender Bedeutung ist. Ich werde jetzt nicht eine Diskussion über den Begriff „politische Kultur“[[1]](#footnote-1) führen. Ich bin sicher, dass mein Verständnis im Laufe deutlich wird.

Meine An- und Einsichten basieren auf der persönlichen Erfahrung durch meine Arbeit mit und bei den VN in China in der Zeit 1980-83 und 1998-2003. Meine Betrachtungsweise ist daher von einer globalen, und nicht einer deutsch- chinesischen Perspektive bestimmt. Abgesehen von der globalen Sehweise, gehen meine Aussagen zurück auf den privilegierten Zugang zu Beamten, Parteifunktionären, auf allen Ebenen vom Staatspräsidenten bis zum gewählten Dorfvertreter, chinesischen und ausländischen Geschäftsleuten, NGOs, Wissenschaftlern, Journalisten und dem diplomatischen Corps. Kaum jemand hat direkten Zugang in einem Land zu so vielen unterschiedlichen Kontaktpersonen wie die Mitarbeiter der VN Vertretungen, und dies gilt nicht nur für China. Darüber hinaus sind wir Bedienstete einer Organisation, in der das jeweilige Land, in unserem Fall China Mitglied ist. Das schafft ein besonderes Vertrauensverhältnis: wir sind der kritische Freund des Landes und keiner anderen Macht verpflichtet als dem Geist und dem Buchstaben der Charter der VN. Nur der Generalsekretär kann uns Anweisungen geben. Aber der ist weit entfernt, und so hat ein Ländervertreter einen großen Spielraum die Zusammenarbeit mit dem Gastland zu gestalten.

Als Politologin fühlte ich, insbesondere während meines 2. Aufenthaltes, dass Veränderungen in der staatlichen governance in unserer Arbeit Vorrang haben sollten. Der Schutz der Menschenrechte, die Stärkung des Rechtsstaates und die Vertretung der Interessen von Gruppen in der Gesellschaft, d.h. Arbeiter, Bauern, Frauen, ethnische Minoritäten fungierten prominent in unserem Programm. Begleitend zur täglichen Arbeit, die mich übrigens in alle Provinzen Chinas führte, verfolgte ich die Berichte in der internationalen Presse und die wissenschaftlichen Veröffentlichungen über die Lage in China, und war manches Mal doch sehr erstaunt zu erkennen, dass die ausländischen Journalisten, Geschäftsleute und Diplomaten in einem anderen China zu leben schienen als wir. Aber dies ist ein anderes Thema, auf das ich, nur indirekt eingehen werde.

Wir leben im Zeitalter der Globalisierung. China ist ein bedeutender und wichtiger Teilnehmer und Nutznießer in diesem Prozess. Es ist uns damit nahe und wir sind China, zumindest wirtschaftlich, nahe gerückt. Vieles trennt uns, aber viele Herausforderungen sind auch sehr ähnlich den unsrigen. Ich werde mich in diesem Vortrag auf die China spezifischen Aspekte konzentrieren, aber ich hoffe, dass ich Ihnen auch Hinweise geben kann, wie und wo es Gemeinsamkeiten zu unserer Situation in Deutschland und der EU gibt. Auf einige dieser Aspekte werde ich später im Laufe des Semesters im Seminar von Dr. Ole Döring eingehen, und möglicherweise im kommenden Semester ein Colloquium zur Rechtsstaatentwicklung in China nach 1976 anbieten.

Politische Strukturen verhalten sich aus meiner Sicht wie Hardware und Software in der IT Welt. Wobei es die Software ist, die die Hardware ihr volles Potential erst richtig ausschöpfen lässt. Beide haben viele Fehler, so dass ständig an ihnen gearbeitet werden muss, um sie zu optimieren. Im Softwarebereich kann man sich auf Antivirenprogramme und Quarantänen konzentrieren, oder man kann die bestehenden Lücken schließen, um für Viren und Hackerangriffe nicht mehr anfällig zu sein.

Wenn die Software auch mit denselben Programmsprachen programmiert wird, so kommt für die Benutzer dennoch ein deutsches, chinesisches, englisches oder russisches Nutzungssystem heraus. Ähnlich verhält es sich in der Politik. Wobei, die VN Charter und die Arbeit der VN Organisationen eine für alle offene Programmierungssprache benutzen, sozusagen ein politisches Linux System.

Ich werde mich in meinem Vortrag auf die Schwachstellen der politischen Kultur Chinas konzentrieren, nicht weil ich meine, dass China in dem Bereich besonders kritisch betrachtet werden muss, sondern weil ich meine, dass aus der Kritik auch die eventuellen Lösungen erwachsen können. Ich werde meinen Vortrag in die folgenden drei Teile gliedern:

1. Die Umrisse des chinesischen politischen Systems und seiner politischen Kultur
2. Die Notwendigkeit eines Wandels der politischen Kultur
3. Ansatzpunkte für einen politischen Kulturwandel

*Umrisse des chinesischen politischen Systems und seiner politischen Kultur:*

Ich gehe davon aus, dass Sie alle vertraut sind mit den Parametern des politischen Systems Chinas: ein Mehrparteienstaat, mit einer verfassungsrechtlich verankerten Führungsrolle der KPCh, die den Eindruck entstehen lässt, dass China ein Einparteienstaat sei.

Ein Parlament, das aus 2 Kammern besteht, dem Volkskongress und der CPPCP (Konsultativkonferenz der chinesischen politischen Parteien), und nicht nur auf der nationalen, sondern auch auf der Provinzebene. Vielen ausländischen Beobachtern erscheinen diese Parlamente lediglich als der verlängerte Arm der Partei und des Staates. Ich dagegen sehe, dass es einige Reformen gegeben hat, die es für die Parteiführung und die Regierung notwendig machen, sich um die Zustimmung bei den Abgeordneten zu bemühen, um die Legitimierung ihrer Politik zu erreichen. Leider wird diese Funktion der Parlamentarier in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Der Grund dafür ist, dass die „heißen“, d.h. die kontroversen Auseinandersetzungen im geschlossenen Kreis stattfinden. Aber im direkten Kontakt vor allem mit Vorsitzenden von Parlamentsausschüssen, die zwischen den jährlichen Sitzungen tagen, kann man selbst als Außenstehender die „Kontroversen“ erkennen. Darüber hinaus organisieren einige Ausschüsse des Parlaments öffentliche Anhörungen bei der Beratung von Gesetzentwürfen.

Allgemeine und geheime Wahlen gibt es im ganzen Land bisher nur auf der Dorfebene und in einigen Städten auch auf der Bezirksebene. Diese stehen Kandidaten offen, die nicht Mitglied der KPCh sind. Diese von der örtlichen Bevölkerung direkt gewählten Volksvertreter stehen außerhalb, bzw. unterhalb des nationalen Partei- und Staatswesen. Diese Distanz entspricht einer jahrhundertealten Tradition in China, aber neu ist, dass diese Vertreter auf der lokalen Ebene, gewählt sind. Ein hoher Prozentsatz der so gewählten Amtsinhaber wird nicht wieder gewählt bei der nachfolgenden Wahl. Die Zufriedenheit der Wähler ist also für Erfolg oder Misserfolg eines Amtsinhabers ausschlaggebend, und die Wähler machen freimütig von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

In einigen Distrikten wurde die Parteileitung von der nächst höheren Ebene der Partei angewiesen, dass neue Parteisekretäre entweder aus einer Kandidatenliste von wenigstens drei Bewerbern bestimmt werden, oder die Bevölkerung gefragt wird, ob sie einen vorgeschlagenen Kandidaten im Amt sehen will. Diese Anordnungen gab es immer dann, wenn es zu lokalen Unruhen und großen Skandalen gekommen war. Allerdings hat man nichts dergleichen gehört nach der Verhaftung von Bo Xilai in Chongqing oder den skandalösen Bedingungen, die zu den hohen Opfern führten während und nach dem Erdbeben in Sichuan. Mit anderen Worten, diese Maßnahmen werden nur selektiv ergriffen.

Im politischen Machtgefüge rangiert der Parteisekretär über dem entsprechenden Vertreter des Staates. Der Provinzsekretär ist machtvoller als der Gouverneur, und selbst in nationalen Ministerien hat der Parteisekretär größeren Einfluss als der Minister, vor allem dann, wenn der Minister nicht Mitglied der KP ist, was nur selten der Fall ist, aber es kommt vor.

Eine Gewaltenteilung gibt es zwischen der Partei, dem Staat und der Armee. Und zwar in dieser hierarchischen Anordnung. Relativ neu ist, dass die oberste Führung, d.h. das Amt des Generalsekretärs der Partei, des Staatspräsidenten und des Oberbefehlshabers der Armee in der Hand einer Person liegt. Jiang Zemin führte dies ein, und Xi Jinping ist erst der dritte so machtvoll ausgestatte Politiker. Eine Gewaltenteilung, wie wir sie in westlichen Demokratien kennen zwischen Exekutive, Legislative und Judikative wird – bis heute – strikt von der Parteiführung abgelehnt. Zwar wurde unter Hu Jintao ein Bericht von Wissenschaftlern der zentralen Parteischule veröffentlicht im Februar 2007, der eine Einführung dieser Gewaltenteilung vorschlug, aber es gab bisher keine Anzeichen dafür, dass eine solche Reform ernsthaft erwogen wird. Nicht einmal die begrenzte Forderung einiger chinesischer Intellektuellen wenigstens das Justizwesen dem direkten Einfluss der Partei und des Staates zu entziehen, bringt Bewegung ins politische Gefüge Chinas.

Als Politologen und Soziologen wissen wir, dass das Funktionen organisatorischer und institutioneller Strukturen weit mehr von den Verhaltensmustern derer, die innerhalb dieser organisatorischen Strukturen arbeiten, bestimmt wird, als von der Verfasstheit der strukturellen Grundlagen selber.

Und China bildet da keine Ausnahme. Viele der politischen Reformen, insbesondere die, die von externen Partnern gefordert oder unterstützt wurden, konzentrierten sich auf die Strukturen und nur sehr sporadisch auf das Verhalten von Partei- und Staatskadern und den Offizieren der Armee. Zum Teil, weil es nicht als wichtig erachtet wurde, zum anderen, weil viele ausländische Partner der Illusion erlagen, eine reformierte Instanz, oder ein verabschiedetes Gesetz würde die gewünschten Verhaltensänderungen bringen. Bei den VN haben wir immer einen anderen Ansatz verfolgt: wir haben mit **den** Chinesen zusammengearbeitet, die bekannt waren für ihre reformerische Tätigkeit, und die die chinesische Verhältnisse verändern wollten. Es kam so zum berühmten „mutual benefit“: wir wollten, dass China internationale Normen einführt und dann auch einhält, die Chinesen wollten über die Zusammenarbeit mit uns größere Anerkennung finden, zunächst in China selber, und dann auch international. Übrigens hat es im Laufe der Jahrzehnte seit 1978 einen deutlichen Wandel gegeben: Zu Beginn der Reformära wollten die politischen Kader nur sehr selektiv Anregungen von außen annehmen. Sie waren der Ansicht, dass sie am besten wussten, was einem Viertel der Menschheit guttut. Bei meinem 2. Aufenthalt am Ende der 90er Jahre, hatte sich diese Sichtweise geändert. Damals hörte man, dass China mit einem Fünftel der Weltbevölkerung auch eine besondere globale Verantwortung trägt. Die heutige Sicht ist nicht ganz so eindeutig: einerseits will China wirtschaftlich seine globale Stellung halten, aber politisch sich nicht global engagieren. Zwar leistet China heute einen der größten Beiträge, sowohl finanziell wie auch personell, bei den Friedensmissionen der VN, aber ansonsten geht es mehr darum chinesisch definierte Interessen in der Außenpolitik zu verfolgen, und sich dabei kriegerischen Konflikten zu entziehen.

Seit den frühen 1980er Jahren hat es mehrere Runden gegeben für eine Professionalisierung des Beamtentums. Heute führt eine „typische“ politische Karriere über eine Leiter, die die Rotation zwischen Partei- und Staatsfunktionen vorsieht ebenso wie geographische Versetzungen. Ausnahmen zu dieser Regel bilden in gewisser Weise die Beamten unterhalb der politischen Führungsebene. Man kann ohne Weiteres stellvertretender Gouverneur oder Vizeminister werden als Fachkraft (Experte) oder als ein loyaler Anhänger der jeweiligen Führung, aber die Mehrheit ist Parteimitglied und gebunden, die Anforderungen zu erfüllen, die die Parteiführung und der Staatsrat an die Qualifikation und die Leistungen stellen. John Burns von der University of Hong Kong hat dazu für die OECD einen sehr aufschlussreichen Übersichtsbericht erstellt, und dargelegt, wieweit die Modernisierung und Professionalisierung des Beamtentums in China fortgeschritten ist, und wo die Schwachstellen liegen. Damit sind wir beim 2. Themenbereich:

*Notwendigkeit eines Wandels der politischen Kultur:*

Die politische Kultur Chinas hat drei Axiome: 1. Kontinuität und Wandel sind zwei Seiten der-selben Medaille, 2. Prinzipien sind unveränderbar, aber das soll temporäre, pragmatische Lösungen nicht ausschließen, 3. Die oberste Maxime für die chinesische Außenpolitik ist der Grundsatz, was immer China tut im bilateralen oder internationalen Austausch, es soll dem gegenseitigen Interesse diene. Davon ausgenommen ist die Arbeit Chinas in den VN. Die basiert auf langfristigen strategischen Überlegungen und dient in erster Linie der Stützung friedensbildender Maßnahmen. So stellt China heute laut eigenen Aussagen, das größte Kontingent an VN Friedenstruppen von allen Ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrates und finanzierte zu bestimmten Zeiten bis zu 60 % des Budgets für die VN Friedensmissionen.

Wenn man sich nun den politischen Stil ansieht, so ist dieser autoritär, hierarchisch, zentralistisch, technokratisch, geheimnistuerisch, basierend auf einer recht diffus-modernisierten konfuzianischen Ethik, mit deren Hilfe die Führung sich bemüht eine Bevölkerung zu regieren, der die traditionelle Großfamilie abhanden gekommen ist, die als Konsument viele Wahlmöglichkeiten hat, solange das Einkommen es hergibt, und politisch jedoch kaum gefragt oder involviert wird. So oszilliert die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung zwischen Gleichgültigkeit und Aufmüpfigkeit, die sich in verbalen Protesten im Internet oder auch in anderem Rahmen äußert. Die verbalen Proteste können aber auch in blinde Wut und offene Gewalt umschlagen. Bisher hat die politische Führung darauf keine Antwort gefunden, außer dass sie, wenn sie der Protestierenden habhaft wird, diese hart bestraft, ebenso wie die örtlichen Parteikader, die den Ausbruch gewaltsamer Situationen nicht verhindert haben.

Apropos Geheimnistuerei: Auf der jeweiligen Ebene der Hierarchie gibt es einen großen Spielraum für offene und sogar kontrovers geführte Debatten. Dabei lehrt die Erfahrung, je höher in der Hierarchie umso offener ist die Debatte. Allerdings, wenn Entscheidungen gefällt sind, dann gilt es diese ohne „Wenn“ und „Aber“ umzusetzen. Der Erfolg heiligt, wenn nicht alle, so doch viele Mittel. Dabei gilt, dass es einen Verhaltenskodex und Spielregeln für die Entscheidungsfindung, aber sehr viel wenigere Regeln für die Realisierung einer politischen Entscheidung gibt.

Wenn man den Verhaltenskodex für die Kader der KPCh liest, wird sehr deutlich, dass sich die ethische Ausrichtung der Partei als übergeordnete politische Führungskraft den eben umrissenen Spannungsverhältnissen nur ungenügend stellt. Der Kodex ist, wie man im Englischen sagt „motherhood and apple pie“. Die Kader sollen ehrlich, fleißig, loyal, gehorsam sein und sich der Belange der Bevölkerung annehmen. Dabei wird völlig außer Acht gelassen der gleichzeitige Rückzug in die Privatheit der chinesischen Bevölkerung, die manchmal erschreckende Ausmaße annimmt. Ich erinnere mich, wie bei der Auflösung der ländlichen Kommunen Ende der 70er Jahre, und der Teilprivatisierung von staatseigenen Betrieben, die Gesundheits- und Erziehungseinrichtungen als erstes zerfielen, und die Irrigationssysteme nicht mehr instandgehalten wurden. Erst eine Anordnung der Partei legte dann fest, dass kommunale Verwaltungen und die Betriebsführung bis, auf Weiteres, diese Aufgaben weiter durchzuführen hatten.

Über alle Gegensätze und Spannungen legt sich eine „Leitkultur“ des Han Chinesischen, die für andere Ethnien Rahmenbedingungen vorgibt, die von der Zentralregierung autoritär und einseitig festgelegt werden. Eine Einhaltung dieser Rahmenbedingungen wird im Konfliktfall polizeilich oder auch militärisch durchgesetzt. Diese Konflikte in Tibet und Xinjiang werden im westlichen Ausland genauestens beobachtet, aber das Problem ist größer als die Lage der Tibeter und Uighuren. Es hat weitgehend mit der Toleranz gegenüber religiöser Zugehörigkeit zu tun. Das Praktizieren religiösen Glaubens ist solange erlaubt, wie die Rituale nicht öffentlich ausgeübt werden. Einige chinesische Bekannte sagten mir, dass auch in buddhistischen und taoistischen Tempeln manchmal ebenso viele Zivilpolizisten anwesend seien wie betende Besucher. Mit anderen Worten, die Toleranz der Partei und des Staates ist nicht nur für Christen, Muslime, und tibetische Buddhisten begrenzt, sondern gilt für jegliche religiöse Tätigkeit im öffentlichen Raum. Zwar wird niemand diskriminiert aufgrund seines Glaubens, aber es ist immer ratsam, seine Affiliation zu einer religiösen Gemeinschaft als Privatangelegenheit zu betrachten und zu praktizieren, wenn man Konflikten mit der Staatsgewalt aus dem Wege gehen möchte.

Diese Intoleranz führt unter anderem dazu, dass im heutigen China keine wirklichen, und vor allem keine öffentlichen Debatten über ethische, moralische und politische Werte stattfinden. Auch wenn die Partei, wie im letzten Jahr wieder geschehen, eine Ethikschulung auf allen Ebenen anordnet, dann bringt dies relativ wenig, denn es ist eine zentral festgelegte und von oben bestimmte Schulung ohne auf die Belange der Betroffenen einzugehen.

Jede **neue** Führungsgruppe in der Partei bemüht sich bei ihrem Machtantritt, allgemein gültige Werte zu definieren. Aber die allgemeine Akzeptanz ist gering, denn die Menschen können sie **nicht** mit ihrer eigenen Lage vereinbaren. Der Bezug zu den Menschenrechten, die ja auch in der chinesischen Verfassung verankert sind, z.B. zum Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit, sagen diese Wertvorgaben der Partei wenig, obwohl sie im Handeln der Partei sehr wohl noch eine Rolle spielen. Selbst abgeleitete Werte wie Chancengleichheit und Fairness spielen im Wertekanon der Partei zwar eine Rolle, aber sie werden nicht vermittelt. Als Beispiel möchte ich die Veränderungen in der Altersversorgung angeben.

Es war interessant zu beobachten wie Staatsbedienstete auf die Reform der Pensionen für Beamte, die im letzten Jahr eingeführt wurde, reagierten. Wie schon erwähnt, können und wollen Familien, ländliche Kommunen und staatseigene Betriebe keine Kranken- und Altersversorgung mehr leisten. Deshalb bemühten sich die Partei und der Staat seit Mitte der 80er Jahre, ein nationales Sozialversicherungs-, Pensions- und Rentensystem einzuführen. Bei der Versorgung sollte staatlicherseits eine Gleichstellung zwischen Beamten im öffentlichen Dienst mit denen im privaten und sogar bäuerlichen Bereich erreicht werden. Zwischen 1949 – 1978 waren Einkommensunterschiede minimal. Erst mit dem Beginn der Reformen bildeten sich große Unterschiede heraus, da die soziale und Altersversorgung dezentralisiert wurde. Dies fiel verständlicherweise gut verdienenden Einheiten leichter und auch dem Staat, der über steigende Einnahmen verfügte. Als dann das nationale Versicherungswesen eingeführt wurde, in die die Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Staat einzahlen, bemühte sich die Politik eine gewisse Gleichheit bei den Altersbezügen herzustellen. Dies wurde aber von Staatsbediensteten insbesondere Lehrer und Ärzte abgelehnt, obwohl so wurde mir versichert, Lehrer und Ärzte am wenigstens von diesen Veränderungen zu befürchten hatten. Viele Lehrer und Ärzte suchten trotzdem eine Frühpensionierung bevor die Veränderung im letzten Oktober in Kraft trat. Sie sahen die kommende Reform als eine Beschneidung ihrer bisherigen Versorgung an. Die meisten Anträge werden wohl abgelehnt werden, aber dieses Beispiel zeigt, wie viel offener eine Diskussion um Reformen, die viele Menschen direkt betreffen, geführt werden müsste, um solche Reaktionen zu vermeiden.

Ich könnte noch viele Beispiele für diese Dysfunktionalitäten angeben. Im Moment erscheinen sie nicht bedrohlich für die Partei zu sein, aber die Frage stellt sich, ab wann eine Häufung solcher Probleme zu einer echten politischen Krise führen könnte.

In der chinesischen politischen Kultur gibt es die Vorstellung von „guter“ und „schlechter“ Herrschaft (Beispiel Mao 70:30%). Partei und Staat haben die Verpflichtung, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen. Interessenkämpfe und Machtauseinandersetzungen dürfen die Harmonie und Stabilität in der Gesellschaft nicht in Frage stellen. Man kann unschwer das konfuzianische Erbe in diesen Vorstellungen erkennen.

Allerdings, welche Interessen im Interesse des Volkes sind, werden von der Partei bestimmt. Zwar wird die Formulierung über Diskussions- und Beratungsinstanzen erarbeitet, aber dieser Prozess ist für die Allgemeinheit nicht transparent. Für die chinesischen Medien ist es immer ein riskantes Unterfangen über solche Partei-internen Diskussionen und Beratungen zu berichten. Als Ergebnis blühen Gerüchte und Spekulationen und das sehr kunstfertige Beschreibung der Auseinandersetzungen mit Parabeln aus der Geschichte Chinas. Aber auch diese bleiben nur einem kleinen Kreis verständlich. Diese Intransparenz der Entscheidungsfindung lässt so selbst die positiven Elemente im Dunkeln, denn die Nichtbeteiligung von Betroffenen führt dazu, dass es zwar weniger offene Kontroversen gibt, aber eben auch ein Misstrauen zwischen Staat und Bevölkerung bestehen bleibt und einige würden sagen, wächst. Anders ausgedrückt: die Einordnung, Abgrenzung oder das Abwägen von privaten und öffentlichen Interessen werden nicht ausdiskutiert.

Die Partei bestimmt auch, wie gefällte Entscheidungen realisiert werden sollen. Dabei ist die Partei an eine Parteiplattform gebunden, die alle 5-10 Jahre aktualisiert wird und sie ist verpflichtet die Prioritäten der 5 Jahrespläne umzusetzen. In der Tat bestimmt die Umsetzung der Planziele, insbesondere der wirtschaftlichen, nach wie vor den Erfolg oder Misserfolg eines Parteikaders. Irgendwo im Hintergrund spielt auch die Einhaltung der Verfassung und verabschiedeter Gesetze eine, allerdings eher schwach definierte, Rolle. So spielt etwa die Einhaltung der universellen Menschenrechte, die wie schon erwähnt, in der Verfassung verankert sind, eine sehr untergeordnete Rolle. Während es viele Gesetze gibt, ist Gesetzestreue nicht der bestimmende Teil des öffentlichen und privaten Handelns. Überschreitungen werden erst geahndet, wenn schwerer Schaden durch Kungeleien und korruptes Verhalten entstanden ist, wie neulich durch die verheerenden Explosionen im Hafen von Tianjin wieder einmal deutlich geworden ist. 23 Personen wurden verhaftet. Durch das Unglück starben über 100 Menschen und ein Milliarden schwerer Sachschaden entstand, nur weil ein paar skrupellose Unternehmer sich den Sicherheitsbestimmungen durch Bestechungen widersetzen konnten. Aber deren Verurteilung wird das Vertrauen der Bevölkerung nicht erheblich beeinflussen. Ich komme auf die Bekämpfung der Korruption noch zurück.

In den westlichen politischen Systemen sind Menschenrechte, das Allgemeinwohl (the common good) Werte, die nicht verhandelbar sind, und im Zweifelsfalle vor Gericht eingeklagt werden können. Während bei uns in einem politischen Streit die Verfassungskonformität oder deren Fehlen ein Totschlagargument ist, vernachlässigen in China selbst führende Juristen die Bedeutung der Verfassung für den Rechtsstaat.

Apropos Rechtsstaat:

Die Partei hat sich auf ihre Fahnen geschrieben, die Herrschaft durch Menschen (rule by man) durch die Herrschaft durch das Recht (rule by law) zu ersetzen. Seit den späten 80er Jahren sind enorme Anstrengungen unternommen worden, die Justiz zu professionalisieren und im ganzen Land zu stärken. Aber die Herausforderungen sind gewaltig, nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in der Ausformung eines umfassenden Rechtsgefüges. Dennoch, es gibt viele Anstrengungen, Bürgern vor Gericht Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Seit den späten 90er Jahren müssen alle Justizbehörden einen Teil ihrer Einnahmen, die sie aus notariellen Gebühren realisieren, für den unentgeltlichen Rechtsbeistand von Bürgern nutzen. Alle Justizbezirke wurden angewiesen, solche Rechtshilfezentren einzurichten. Zugelassene Rechtsanwälte werden verpflichtet, eine gewisse Anzahl von Fällen als pro bono Verteidiger vor Gericht zu übernehmen (Pflichtverteidigung). Zwar hat das Justizwesen in der Gesellschaft ein schwaches Image, insbesondere die Staatsanwälte, aber dennoch wächst in der Bevölkerung die Zuversicht, sich an Gerichte zu wenden, um erlittenes Unrecht zu korrigieren. Die Arbeit der Rechtshilfezentren ist dabei ein wichtiges Bindeglied, und kann einige Hindernisse auf dem Weg zu einem funktionierenden Rechtsstaat überwinden. Wir alle haben von der Verhaftung von etwa 120 Rechtsanwälten im letzten Jahr gehört. Was wir nicht mehr in der westlichen Presse lesen konnten, war, dass Mitte September 2015 eine Untersuchungskommission des Zentralkomitees der KPCh unter der Führung von Xi Jinping einen Bericht vorlegte zur Situation der Rechtsanwälte in China. In diesem Bericht gibt es klare und eindeutige Anweisungen, an alle Beteiligten im Gerichtswesen, die Arbeit von Rechtsanwälten nicht zu behindern. Ein paar Wochen später sprach ein hoher Kader der zentralen Führung die Mahnung an die Gerichte und Polizei aus, Rechtsanwälten den Zugang zu Zeugen nicht zu verweigern.

Der Weg zu einem funktionierenden Rechtsstaat bleibt steinig, vor allem solange es die Staatsanwälte und nicht Richter sind, die die Oberaufsicht im Justizwesen haben. Ein Erbe des sowjetischen Einflusses, der bis heute nicht abgebaut wurde.

Aber nicht nur sind weitere Rechtstaatsreformen erforderlich sondern ebenso eine Unterstützung der Forderung von chinesischen Intellektuellen nach größerer Transparenz in der Entscheidungsfindung, und nach der Integrität von Beamten und Kadern.

Antikorruptionsmaßnahmen haben im heutigen China einen hohen Stellenwert und finden viel Aufmerksamkeit. Seit Jahrzehnten wird die Korruption als die Achillesferse des politischen Systems angesehen. Umfragen bestätigen immer wieder, dass die breite Bevölkerung die Korruption der Kader als das politische Problem Nr. 1 ansehen. Aber Korruption wird nicht als ein systemisches Problem gesehen, sondern als das Fehlverhalten Einzelner. 2013 wurden 182000 Kader untersucht. Bis September 2015, waren 120 Kader auf der Minister- und Gouverneursebene wegen Korruption entlassen worden. Aber leider erscheinen die Disziplinarverfahren der Partei und die sich daran anschließenden Gerichtsverfahren sehr oft eng verknüpft mit Fragen der Loyalität gegenüber der aktuellen Partei- und Staatsführung. Sie sind nicht angelegt, Ursachen der Korruption zu begrenzen oder abzuschaffen. Es wurden Anweisungen gegeben, Bankette auf Staatskosten auf ein Minimum zu beschränken und der Wert von Gastgeschenken wurde weit herabgesetzt. Aber die oberste Maxime des Reformzeitalters „Reich zu werden ist ein Erfolg “ wird dadurch nicht angekratzt. Aber gerade diese alles überspannende Maxime ist eines der Grundübel in der politischen Kultur Chinas.

Natürlich sieht das auch die oberste Parteiführung. Deshalb haben sich alle Nachfolger Deng Xiao Pings um eine Aktualisierung dieser Maxime bemüht. Xi Jinping sprach kurz nach seiner Amtsübernahme von der Verwirklichung eines„chinesischen Traumes“. Die Anlehnung an „the American dream“ ist allerdings nur in der Wortwahl, nicht aber konzeptionell gegeben. Die Mehrheit der Bevölkerung kann keinen Bezug zwischen diesen Wertvorgaben und ihrem eigenen Leben finden.

Bevor ich nun zu meinem nächsten Themenbereich komme, möchte ich die Notwendigkeit für einen politischen Kulturwandel wie folgt zusammenfassen:

1. China wird wieder von einem Mandarinat regiert. Dies sind heute die Partei bzw. Staatskader und Offiziere der Armee. Die Partei wird immer noch nach den Prinzipien des leninistischen „demokratischen Zentralismus“ geführt. D.h. die jeweils höhere Ebene bestimmt, wer in der Partei eine Zukunft hat. Einstiegsvoraussetzung in den höheren, nationalen Dienst ist ein Universitätsabschluss (Master Degree) und inzwischen auch wieder ein Examen. Für die, die im Partei- und Staatsdienst tätig sind, finden ständig Weiterbildungen statt, insbesondere vor einer Beförderung. Inzwischen werden auch viele Stellen kompetitiv ausgeschrieben, d. h. das sichere Anstellungsverhältnis, das der Staatsdienst für das ganze Arbeitsleben bot, wird zunehmend in Frage gestellt. Aber die Kader und Staatsbeamte sind der Doktrin der KPCh in ihrem Handeln verpflichtet, und nicht etwa der **Verfassung**.
2. Leitfaden für das Handeln sind die Vorgaben des 5 Jahr Planes. Wachstumsraten sind das allem übergeordnete Ziel. Wenn dies im ganzen Land auf allen Ebenen gilt, dann werden auf dem Lande Baumaßnahmen wichtig, u.U. unter Hintanstellung der Bauqualität. Solange wie Vorgaben, wie z.B. eine verbesserte Gesundheitsversorgung, für den Erfolg eines Parteisekretärs nicht entscheidend sind, wird sich am Image der Kader wenig ändern. Die Verbreitung von Krankheiten, und die teure und oft schlechte Krankenversorgung haben bei der Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert. Die HIV/AIDS und die Diskriminierung von AIDS Kranken haben die Probleme des gesamten Gesundheitswesens deutlich für alle ins Licht gesetzt, aber bisher die Prioritäten der lokalen Kader nicht grundlegend geändert. Nicht der **Schutz von Bürgerinteressen** und –**rechten** ist der Maßstab politischen Handelns, wie es eigentlich die Verfassung vorsieht, sondern der wirtschaftliche Erfolg. Auch die **Akzeptanz von ethnischen, religiösen und philosophischen Unterschieden** jenseits der sozialwissenschaftlichen Diskussionen unter Wissenschaftlern und Forschern, besteht im politischen Alltag Chinas nicht als ein übergeordnetes Rechtsgut.

1. Jenseits von wirtschaftlichen Aufgaben bekommen die Kader strikte Anweisungen von oben, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Häufig werden sie persönlich dafür haftbar gemacht. Oft kann man sagen, der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Bis heute ist es nicht abzuschätzen, wann ein sozialer Konflikt vor Gericht geht, und wann sie „nur“ parteiintern behandelt werden, in einem Disziplinarverfahren und einer möglichen Strafversetzung oder Entlassung. Diese Entscheidung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es stellt sich also die Frage**, wer kontrolliert effektiv die Kader** und nach welchen Gesichtspunkten?
2. Plan und sonstige Vorgaben werden zentral festgesetzt, und laufen dann von Peking aus in einem System der „stillen Post“ in alle Bereiche des Landes. Dabei kommt es, wie auch im Spiel gleichen Namens, zu ziemlichen Verzerrungen durch die Übermittlung. Zwar wird heute das Internet genutzt, und Videokonferenzen zwischen den zentralen Organen und der Provinzebene durchgeführt, aber Verzerrungen treten dennoch auf, und führen manchmal sogar zu ziemlich absurden Projekten auf der örtlichen Ebene. **Mitdenken, kreative Umsetzung von Zielvorgaben** sind die Ausnahme und nicht die Regel. Die starke zentralistische und hierarchische Struktur der KPCh hält zwar einerseits das Land zusammen, aber in der Ausübung ihrer Aufgaben als politische Führungskraft **erdrosselt sie auch Beteiligung, Mitsprache, und Mitverantwortung**. Dieser autoritäre Führungsstil gerät damit immer wieder und zunehmend in einen Konflikt mit der Bevölkerung, deren Bildungsniveau deutlich angestiegen ist.
3. Abgesehen von der zentralistischen Parteiorganisation, den zentral vorgegebenen wirtschaftlichen und sozialen Zielen gibt es noch ein drittes Element, das China wie ein feingewobenes Spinnennetz überzieht: das System der Staatsfinanzen.

Mit Hilfe der VN/UNDP, der Weltbank, der AsDB und des IMFs wurde das fiskalische System Chinas nach 1978 grundlegend reformiert. Zwar bestimmt auch heute noch nicht das Finanzministerium die Verteilung der öffentlichen Einnahmen, das macht weiterhin die Staatskommission für Reform und Entwicklung mit ihrem 5 Jahres Plan, aber das Finanzministerium hat sehr viel mehr Kontrolle gewonnen über die Fachministerien, und deren finanzielle Ausstattung und Verteilung auf einzelne Budgetposten. Mit finanzpolitischen Richtlinien und Verordnungen nimmt das Finanzministerium großen Einfluss auf die Vergabe öffentlicher Mittel. Allerdings ist das Kontrollsystem sehr schwach. Zwar gibt es inzwischen ein System der Rechnungsprüfung, aber außer auf der zentralen Ebene scheint dies noch nicht gut zu funktionieren. Dementsprechend ist hier der Korruption Tor und Tür geöffnet. Zwei Beispiele dazu: öffentliche Projekte auf und unter der Provinzebene werden meistens durch eine Mischfinanzierung von lokaler, Provinz- und Zentralregierungsmitteln realisiert. In der Regel muss die lokale und provinzielle Regierung 20-30 % der Mittel zur Verfügung stellen und dann kommt der Rest aus Peking. Nur, die steuerlichen Einnahmequellen der Provinzen und nachgeordneter Instanzen sind beschränkt. In erster Linie bestehen die Einnahmen aus der Einkommenssteuer und der Grundsteuer und lokal erhobenen Gebühren. Die Steuermoral, vor allem von lokalen Unternehmen, ist auch nicht immer die beste. Deshalb kommt es bei der Sicherung der Finanzierung von Projekten immer zu Kungeleien zwischen den Leitern/Eigentümern von Unternehmen und den örtlichen Parteisekretären und Staatsbeamten. Im Zusammenspiel dieser Kräfte wird dann häufig ein Teil des Geldes auf private Konten überwiesen. Dies passiert besonders dann, wenn schon zugeteilte öffentliche Zuwendungen nicht rechtzeitig vor Jahresende genutzt werden. Um die Rücküberweisung nach Peking zu vermeiden, werden die Beträge auf privaten Konten „geparkt“, und manchmal bleibt dann eben ein Teil dort kleben.

Korruption in China ist damit systemisch, und wird durch die Verurteilung Einzelner auch kaum in den Griff zu bekommen sein.

1. Das einzige was diese Prozesse und die anderen Anordnungen erreichen können, ist die „Arroganz der Macht“, die vielen Parteisekretären eigen ist, abzubauen. Aber auch hier wird erst ein **aktualisierter Verhaltenskodex** wirklich Abhilfe schaffen können. In einem solchen Kodex müssen Leitlinien für das Verhalten der Kader in den Grauzonen politischen Handelns gegeben werden, und eine Richtlinie im Zweifelsfalle sich im Interesse des Allgemeinwohls zu entscheiden.

*Ansatzpunkte für einen politischen Kulturwandel:*

Es hat den Anschein, dass die augenblickliche politische Führung des Landes eine geringe Motivation hat, einen umfassenden politischen Kulturwandel einzuleiten. Aber ich finde der Schein trügt. Tatsächlich gehen die Partei und der Staat Probleme an, die, um sie wirklich zu lösen, systemtransformierende Elemente enthält. Ich sehe die Korruptionsbekämpfung als einen solchen Ansatzpunkt. Ich nehme an, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis fiskalische Praktiken geändert werden aufbauend auf den Berichten des verstärkten Rechnungsprüfungssystems. Dem Staat ist es wichtiger, Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, als die Profite einheimischer Unternehmen zu „garantieren“ und deren schlechte Steuermoral zu tolerieren. Staatsbeamte und Parteikader sehen sich zunehmend einem verstärkten Druck aus der Bevölkerung und der übergeordneten Instanzen ausgesetzt, die **Rationalität ihres öffentlichen Amtes** als oberste Maxime zu betrachten. Damit ist der Anfang gemacht, die **Loyalität zur Parteidoktrin** mit **der Loyalität zur Verfassung** verbinden und eventuell auch einmal abzulösen.

Eine ungelöste Frage im heutigen politischen Leben Chinas ist, wie das zentralistische und hierarchische System in ein **System der kreativen Subsidiarität** umgewandelt werden kann, ohne dass zentrifugale Kräfte die Oberhand gewinnen. Heute ist die zentrale Führung häufig aufgeschlossener als die Führung auf der Provinzebene, und rechtfertigt damit den zentralistischen Führungsstil. Die Kehrseite der Medaille ist aber, dass im Falle von Problemen, Skandalen und Fehlverhalten, Peking nur im Nachhinein reagieren kann. Nur eine effektive Kontrolle vor Ort könnte dies verhindern. Aber es scheint, dass es der nationalen Parteiführung schwer fällt, subnationale Kapazitäten zu schaffen, die **Interessenausgleiche suchen und durchsetzen und Kritik ertragen können.** Die Entscheidung, die unter Präsident Jiang Zemin getroffen wurde, dass Unternehmer, auch Mitglieder der KPCh sein können, hat zu einer engen Verfilzung geführt zwischen lokalen Parteikadern und Unternehmern und blockiert oft die Wahrnehmung der gesamtgesellschaftlichen Interessen. Zwar bemüht sich die Partei auf nationaler Ebene ebenso **offen für die Anliegen und Interessen von anderen gesellschaftlichen Kräften, wie Gewerkschaften, Massenorganisationen wie dem Frauenverband, von zivilgesellschaftlichen Organisationen, und Künstlern** zu sein, aber hier scheint das System der „stillen Post“ auf die nachgeordneten Ebenen nur bedingt zu funktionieren, nicht zuletzt, weil auch andere Organisationen hierarchisch geführt werden, und sich den lokalen Problemen nur insoweit stellen wie es ihnen nützlich erscheint. Künstler fallen dabei oft mit ihrer Kritik in einen rechtlosen Raum.

Verbunden mit der Einschränkung der **Presse - und allgemeinen Meinungsfreiheit**  außerhalb der etablierten Medien werden die Voraussetzung für größere bürgerliche **Teilhabe und Mitverantwortung** untergraben. Das Ergebnis ist, dass es zu einer nicht insignifikanten Auswanderung des gebildeten Mittelstandes kommt. Es gibt Schätzungen, dass etwa 50000 Familien jährlich China verlassen. Im Augenblick sieht es so aus, dass die chinesische Führung wie die in anderen autoritär geführten Ländern, den gut ausgebildeten, wirtschaftlich erfolgreichen Mittelstand lieber ins Ausland ziehen lässt, als ihnen mehr Mitsprache zu gewähren. Zwar sind 50000 Familien eine kleine Zahl gemessen an der Gesamtbevölkerung, aber das Kapital, das Wissen und die professionelle Fähigkeit, die China damit jedes Jahr verliert, ist ein großer Verlust. Der Preis für die Gewährung einer größeren Mitsprache, Beteiligung und Mitverantwortung des professionellen Mittelstandes, der häufig in den USA und Westeuropa ausgebildet wurde, und nicht unbedingt Mitglied in der KPCh oder einer anderen Partei sein will, nur um ihre Ideen auszudrücken und an der Umsetzung mitzuwirken, ist nicht weniger als eine radikale Änderung des Führungsstiles der KPCh.

Trotz aller Widerstände gegen einen solchen Stilwechsel sehe ich dennoch viele Ansatzpunkte für einen eventuellen Wandel, von denen ich hier zum Schluss noch vier benennen möchte:

1. *Die fortschreitende Stärkung des Rechtsstaates*: In dem Maße wie immer mehr **Gesetze formuliert und verabschiedet werden, werden politische Entscheidungen** **und politisches Handeln** in Zukunft zunehmend davon bestimmt werden. Die Professionalisierung der Justiz wird weitergehen, und damit wird die Tätigkeit von Beamtentum und Parteikadern zunehmend in der Beachtung und Umsetzung gesetzlicher Vorgaben oberste Priorität haben. Vermutlich werden dann auch Verfahrensfragen wichtiger werden, und der Spielraum für Kungeleien wird schmaler. Damit wird einerseits an die Traditionen des Mandarinats angeknüpft, aber in einer modernen Art und Weise, die internationalen Standards und Normen entsprechen. Dies hat für die chinesische Führung seit dem Beginn der Reformperiode einen sehr hohen Stellenwert.
2. *Das Engagement chinesischer Intellektueller und Wissenschaftler:* Die Forderungen chinesischer Intellektueller, die der Parteiführung nahestehen, nach mehr **Transparenz und Integrität** wird früher oder später Ergebnisse zeigen. Es ist die Schwäche solcher Forderungen nicht genügend auf die Umsetzung zu achten, und der Führung bei dieser Aufgabe konsultierend zur Seite zu stehen. Trotzdem: chinesische Intellektuelle sind heute weniger Gelehrte, die sich in einen Elfenbeinturm zurückziehen, sondern engagiert auf das tägliche Geschehen in Politik und Gesellschaft einzuwirken.
3. *Ein funktionierendes und flächendeckendes Beschwerdesystem:* Ich erwähnte bereits die Rechtshilfezentren, die es inzwischen in allen Landkreisen und städtischen Bezirken gibt, und Bürgern hilft ihre Rechte vor Gericht einzuklagen. Aber dies sind natürlich auch Stellen, die nur post facto eine Situation korrigieren können. Es muss darum gehen, im Vorfeld von Missständen, diese öffentlich zu machen, und Partei und Staat zu veranlassen einzugreifen. Hier sehe ich die Beschwerdestellen, die es in einigen Städten gibt als mögliche Ansatzpunkte. Allerdings müsste ein wirklich effizientes **Beschwerdesystem für die Bürger durch ein unabhängiges Gremium (Ombudsman Office),** das dem Parlament und nicht dem Staat oder der Partei zugeordnet ist, erstellt werden. Es hat im Rahmen der verschiedenen Menschenrechtsdialoge solche Vorschläge gegeben, aber ich bin hier nicht auf dem neuesten Stand der Dinge. Wenn ein solches Gremium die Autorität hätte, selbstständig solche Missstände, die ihm zur Kenntnis gebracht wurden, zu untersuchen, und wenn nötig, disziplinarische und gerichtliche Verfolgung einzuleiten, bevor Schaden entstanden ist, dann wäre schon ein wichtiger Schritt in Richtung politische Gewaltenteilung unternommen. Warum die Zuordnung zum Parlament? Weil aufgrund solcher Schwachpunkte, das Parlament auch gesetzgeberisch tätig werden könnte. Mir liegen im Moment keine Zahlen vor, wie viele Gesetzentwürfe aus dem Parlament kommen, aber es gibt einige. Und es gibt Bürger, die ein solches System begrüßen und aktiv daran mitarbeiten würden, ohne unbedingt Mitglied in einer Partei zu werden.
4. *Strategisches Denken und die Wahrnehmung von Gegensätzen:*

Ich bin davon überzeugt, dass die Bedeutung des uralten Konzepts der Langzeitplanung (Moulüe) und der Strategeme in der chinesischen Politik wachsen wird. In der westlichen Beobachtung wird dies viel zu wenig beachtet. Ich kenne in Europa nur den Schweizer Wissenschaftler Harro von Senger, der sich dieser Frage widmet. Im Westen wird die Bedeutung dieses Ansatzes für langfristiges politisches Denken und Handeln verkannt, obwohl gerade diese Denkweise die stärkste „firewall“ gegen westliches Denken ist. China setzt sich Ziele mit einem Zeithorizont von 100 und 150 Jahren. Allerdings sind die Zielsetzungen noch sehr stark geprägt von dem Vergleich zwischen China und dem Westen. Dabei will China nicht Weltmacht werden, die das internationale Geschehen dominiert, sondern ein Land, in dem seinen Bürgern und Bürgerinnen ein angemessenes Leben gewährleistet wird und diese mit zu den bestversorgten in der Welt gehören. Die Führung weiß, dass dieses Ziel nur durch eine enge globale Verknüpfung erreichbar ist. Dabei geht es der chinesischen Führung weniger um einen Wettkampf um globale Macht, als vielmehr um einen Wettbewerb der Exzellenz, vor allem im wirtschaftlich-technologischen Sinn. China formuliert die Ziele seiner „Aufholjagd“ im bescheidenen Ton, und nicht so großspurig wie früher die Sowjetunion oder die DDR, aber die Ziele sind immer erstaunlich linear definiert, und nicht dialektisch- dynamisch von der Perspektive einer Interessenkonstellation oder gar einer Interessenkollision. Auf chinesischer Seite muss die Bereitschaft noch wachsen, sich einer viel größeren Zahl von Gegensätzen zu stellen, sowohl in China selber wie auch international.[[2]](#footnote-2) Dazu braucht es einen politischen Kulturwandel, der sich der Kontinuität und dem Wandel verpflichtet fühlt, aber auch der Vielschichtigkeit menschlichen Seins stellt, und dafür im Inneren eine größere Gewaltenteilung akzeptiert als die bisherige. Denn nur im Wechselspiel der Kräfte wird China sein volles kreatives Potential entwickeln können.

Ein solcher Kulturwandel wird mindestens noch eine politische Generation warten müssen. Noch sind die nationalen Führer mehrheitlich in der Sowjetunion ausgebildet worden, und haben häufig eine Ingenieurausbildung. Aber diese Generation wird abgelöst werden von einer Gruppe, die im westlichen Ausland studiert hat. Es gibt zwar keinen automatischen Zusammenhang zwischen einer Ausbildung im Westen und einem Engagement für mehr Demokratie in China, aber es wird zu einer größeren **Diversität der Denkansätze und Verhaltensweisen** kommen, und damit zu einem gewissen Kulturwandel auch in der Politik.

China wird seinen eigenen Weg in eine offenere Gesellschaft mit dem Respekt von Unterschieden aller Art, der Gleichberechtigung aller und dem Schutz von Menschenrechten im politischen Alltag finden müssen. Denn nur so wird es seine globalen und nationalen Herausforderungen meistern können. Als Motto sehe ich eine Symbiose zwischen taoistischem und globalem Denken:

Der Weg ist das Ziel, tastend wie beim Überschreiten eines Flusses von Stein zu Stein gehend, wie Deng Xiaoping es ausdrückte. Das Ziel ist aber auch die Einbindung des selbstbewussten Bürgers in den politischen Prozess wobei der Schutz des Einzelnen vor staatlicher und politischer Willkür das oberste Gebot ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Einige Literaturhinweise:

Pallavi Aiyar: Smoke and Mirrors. An Experience of China, New Delhi, 2008

WM Theodore de Bary & Tu Weiming (Hrsg): Confucianism and Human Rights, New York, 1998

Wolfgang Hirn: Der nächste kalte Krieg – China gegen den Westen, Frankfurt/M, 2013

Kerstin Leitner: When only the Sky is the Limit, Berlin, 2013

Stanley B. Lubman: Bird in a Cage: Legal Reform in China after Mao, Stanford, 2000

Richard McGregor: The Party. The Secret World of China’s Communist Rulers, London, 2010

Evan Osnos: Age of Ambition, Chasing Fortune, Truth and Faith in the new China, New York, 2014

David Shambaugh: China’s Communist Party. Atrophy and Adaptation, Washington, 2008

Harro von Senger: Die Klaviatur der 36 Strategeme. In Gegensätzen denken lernen, München, 2013

Harro von Senger: Moulüe - Supraplanung: Unerkannte Denkhorizonte aus dem Reich der Mitte, München, 2008

UNDP: National Human Development Report, 1999 Transition and the State

UNDP: National Human Development Report, 2013 Towards Ecological Civilization

Paul Unschuld: Fall and Rise of China, London 2013

Xifang Yang: Als die Karpfen fliegen lernten, Berlin, 2015

1. Kultur ist eine Mischung aus Gewohnheiten, tradierten Handlungs- und Denkweisen und Werten. [↑](#footnote-ref-1)
2. Interessanterweise ist das im letzten Dezember verabschiedete Klimaabkommen ein erster Schritt in einem solchen globalen Wettkampf. Bis zum Schluss widersetzte sich die chinesische Delegation mit der indischen den vereinbarten Text zu akzeptieren. Sich kleine Vorteile hier und da zu verschaffen, gehört sehr wohl zum chinesischen politischen Denken und Handeln. [↑](#footnote-ref-2)